

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Elisabeth Bröskamp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes im Landkreis Neuwied

Die **Kleine Anfrage 2406** vom 26. Juni 2014 hat folgenden Wortlaut:

Das Integrierte Klimaschutzkonzept/Teilkonzept Erneuerbare Energien (ohne die VG Linz/Rhein) des Landkreises Neuwied liegt als Abschlussbericht seit Januar 2013 vor. Die Bundesregierung hat die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes gefördert und das Land unterstützt die Eckpunkte in seinem LEP IV und dem Klimaschutzgesetzentwurf. Die Klimaschutzziele des Landkreises Neuwied gehen nach vorliegendem Konzept über die Zielsetzung der Bundesregierung (Ziel, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 % gegenüber dem Wert von 1990 zu reduzieren) hinaus. Der Landkreis Neuwied formulierte im Jahr 2011 unter dem Leitbild „Null-Emissions-Landkreis Neuwied“ das Ziel, bis 2050 zum Null-Emissions-Landkreis zu werden. Weiterhin wurde, in Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, die Unterstützung beim Aufbau einer regionalen Plattform (rechtsrheinisch) zur Energiewende zugesagt. Das Klimaschutzkonzept legt einen Maßnahmenkatalog (6.1-6.1.10) vor.

Dies bezieht sich auf:

1. Die Strukturen für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes,
2. Die Entwicklung Deponie Linkenbach und Energieallee A 3,
3. Die Bewusstseinsbildung in Bildungseinrichtungen,
4. Den kreisweiten Einsatz von LED-Straßenbeleuchtung,
5. Die kreisweite Einführung von kommunalen Energiemanagementsystemen (KEM),
6. Die Energieeffizienz in kommunalen Kläranlagen,
7. Die Etablierung eines Unternehmer-Netzwerks Energie,
8. Ein kommunales Nahwärmenetz auf Biomasse-Basis,
9. Ein Mediationsverfahren für den Windkraftausbau,
10. Die Entwicklung von Pumpspeicherwerken.

Ergänzend: Weitere Nutzbarmachung von Fließgewässern I. – III. Ordnung

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind im Landkreis Neuwied bereits ergriffen und mit welchen konkreten Ergebnissen bereits umgesetzt worden?
2. Welche Maßnahmen sind mit welcher Konkretisierung in Planung und in welchen Zeitabläufen ist mit deren Umsetzung zu rechnen?
3. Welche finanzielle Förderung kann das Land, auch unter Einbeziehung von Bundes- und EU-Mitteln, für den Landkreis Neuwied grundsätzlich und konkret für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in welchem Zeitraum zur Verfügung stellen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den Maßnahmenkatalog im Hinblick auf die qualitative Ausrichtung und die zeitlichen sowie investitionsrelevanten Entscheidungskriterien?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Überprüfung/Entwicklung der Deponie Linkenbach und der Energieallee A 3 (Punkt 2.)?
6. Welchen Stellenwert räumt die Landesregierung der Bündelung der Personalressourcen (Klimaschutzmanager Kreis Neuwied, Altenkirchen [Westerwald], Westerwald und Raiffeisenregion, regionale Energieagentur Kreis Neuwied, Altenkirchen [Westerwald], Westerwald, Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, freiberufliche Energieberater) im Rahmen einer „regionalen Plattformbildung“ ein und welche Unterstützung (finanziell und logistisch) wird sie für die Bildung einer solchen Plattform bereitstellen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Juli 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Nach Angaben der Kreisverwaltung Neuwied sind die folgenden Maßnahmen bereits umgesetzt worden:

Strukturen für die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts (KSK)

- Einstellung eines Klimaschutzmanagers zum 1. April 2014 zur Unterstützung bei der Umsetzung des KSK,
- Etablierung und Verstetigung eines Energiebeirats im Landkreis, der die Kreisverwaltung beim Thema Klimaschutz und Energie berät,
- Besetzung der regionalen Energieagentur Westerwald Anfang 2014 mit zwei Referenten, die u.a. den Landkreis Neuwied unterstützen sollen,
- Aufbau und Ausbau einer kostenlosen Energieberatung für Bürger mit der Verbraucherschutzzentrale (sechs Beratungsstellen im Landkreis).

Entwicklung Deponie Linkenbach und Energieallee A3

- Abstimmungsgespräche mit der VG Puderbach, der SGD Nord sowie verschiedenen Projektierern wurden durchgeführt.

Kreisweiter Einsatz von LED-Straßenbeleuchtungen

- Umrüstung auf LED wurde von mehreren Ortsgemeinden bereits umgesetzt,
- Mehrere Verbandsgemeinden planen die Umrüstung und werden dabei aktuell beratend unterstützt.

Kommunale Nahwärmenetze auf Biomassebasis

- Durchführung einer Informationsveranstaltung (Februar 2014),
- Durchführung von mehreren Beratungsgesprächen auf kommunaler Ebene,
- Vermittlung von Machbarkeitsstudien.

Etablierung eines Unternehmensnetzwerkes

- Energie-Effizienz-Netzwerk Koblenz/Neuwied (elf Unternehmen) in Zusammenarbeit mit der IHK Koblenz seit Juni 2011.

Wasserkraftnutzung im Landkreis Neuwied

- Analyse des ökologischen Potentials an vorhandenen Stauanlagen und bei Neuanlagen an den Gewässern.

Potentialanalyse: Pumpspeicherwerke im Landkreis Neuwied

- Erste Identifizierung von geeigneten Standorten.

Weitere Maßnahmen, die nicht unmittelbar den zehn zentralen Handlungsfeldern zuzuordnen sind, aber als Maßnahmen im KSK verortet sind:

- Durchführung einer Energiemesse in Unkel (Mai 2014) zur Information der Endverbraucher,
- Entwicklung eines Solarkatasters für den Landkreis Neuwied, um den Ausbau der Solarenergie zu fördern,
- Kampagne zur Heizungsmodernisierung und Heizpumpenerneuerung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Neuwied und der Kreishandwerkerschaft,
- Auslobung eines Abwärmewettbewerbes.

Zu Frage 2:

Laut Kreisverwaltung Neuwied wurde im Rahmen der Antragstellung zur fachlich-inhaltlichen Unterstützung bei der Umsetzung des KSK durch einen Klimaschutzmanager beim Projektträger Jülich ein Meilensteinplan zur Umsetzung der Maßnahmen eingebracht und bewilligt. Dieser Plan wird zurzeit vom Klimaschutzmanager aktualisiert und konkretisiert und soll dem nach der Kommunalwahl neu zusammengesetzten Energiebeirat am 23. Juli 2014 zur Beratung vorgestellt werden.

Des Weiteren befinden sich nach Angaben der Kreisverwaltung Neuwied die folgenden Maßnahmen bereits in der konkreten Vorbereitung und sollen kurzfristig realisiert werden:

- Strukturen für die Umsetzung des KSK:
Entwicklung eines Logos, eines professionalisierten interaktiven Klimaportals sowie von Informationsbroschüren zur verbesserten Kommunikation mit den Bürgern und anderen Akteuren – 4. Quartal 2014.
- Kreisweiter Einsatz von LED-Straßenbeleuchtungen:
Verbesserung der Unterstützung der Kommunen durch ein Beratungs- und Weiterbildungskonzept – 3. Quartal 2014.
- Etablierung eines Unternehmensnetzwerkes:
Aufbau eines Energie-Effizienz-Netzwerk für KMUs – 4. Quartal 2014.
- Bewusstseinsbildung in Bildungseinrichtungen:
Bildungsworkshop mit Vertretern weiterführender Schulen am 23. September 2014 im Rahmen der Aktionswoche: „Rheinland-Pfalz – ein Land voller Energien“. Auftaktveranstaltung zu einer „Bildungsinitiative“ zu den Themen Energie und Klimaschutz in Bildungseinrichtungen – 3. Quartal 2014.

Zu Frage 3:

Rheinland-Pfalz wird im Zeitraum 2014 bis 2020 an der europäischen Strukturfondsförderung im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) partizipieren. Zu den geplanten Fördergegenständen gehört die Mobilisierung des durch die Erstellung von Klimaschutzkonzepten aufgedeckten Potenzials. Die Zielrichtung ist es, die Kommunen bei der Umsetzung der jeweiligen Strategien zu unterstützen.

Umsetzungsbezogene Förderprojekte sollen auf der Basis von Projektanträgen ausgewählt werden. Ein wesentliches Auswahlkriterium für die Bewertung von umsetzungsorientierten Projektanträgen ist der zu beziffernde Beitrag der Projekte zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Derzeit liegt der Entwurf des vom Land erarbeiteten Operationellen Programms der EU-Kommission zur Prüfung und Genehmigung vor.

Zu Frage 4:

Zahlreiche Landkreise, Städte, Verbands- und Ortsgemeinden in allen Teilen von Rheinland-Pfalz haben in den vergangenen Jahren kommunale und regionale Energie- und Klimaschutzkonzepte auf den Weg gebracht und vielfältige innovative Projekte angeschoben bzw. umgesetzt. Mit integrierten kommunalen Klimaschutz- oder Energiekonzepten sind in Rheinland-Pfalz gute Erfahrungen gemacht worden, wobei durch Einbeziehung vieler Akteure vielfach vorteilhafte und hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit effiziente Wege zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele beschritten wurden.

Ohne dieses vorbildliche Engagement kommunaler Mandats- und Entscheidungsträger, aber auch vieler Bürgerinnen und Bürger ist die Umsetzung der Energiewende und der klimaschutzpolitischen Zielsetzungen in Rheinland-Pfalz nicht zu schaffen.

Der Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Neuwied wird als inhaltlich und qualitativ voll umfänglich erachtet. Die genannten Maßnahmenbereiche decken alle klimaschutzrelevanten Sektoren ab.

Die zeitlichen Zielsetzungen bzw. die zeitlichen Meilensteine bis zum Jahr 2050 erscheinen ambitioniert, aber aufgrund der Ausführungen im Klimaschutzkonzept erreichbar.

Die angenommene ökonomische Entwicklung im Zeitraum bis 2050 weist ein hohes Maß an kommunaler Wertschöpfung aus und zeigt damit beispielhaft die ökonomische Sinnhaftigkeit klimaschutzrelevanter Maßnahmen auf kommunaler Ebene und insbesondere des ländlichen Raumes.

Somit scheint die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowohl aus technischer, zeitlicher und ökonomischer Hinsicht geboten.

Die Landesregierung ermutigt die Kommunen und auch den Kreis Neuwied, diesen Weg konsequent fortzuführen, indem die Bemühungen im Bereich des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene grundsätzlich auf der Grundlage integrierter Klimaschutz- und Energiestrategien durchgeführt werden.

Zu Frage 5:

Das Klimaschutzkonzept des Kreises Neuwied wurde mit Beschluss des Kreistages vom 17. Dezember 2012 angenommen und stellt einen wichtigen Baustein zum Klimaschutz und zur Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz dar.

Die darin von den kommunalen Akteuren und Entscheidungsträgern unter detaillierter Kenntnis der vor Ort festgelegten Maßnahmen entziehen sich einer Einzelfallbewertung seitens der Landesregierung.

Zu Frage 6:

In der Region haben u. a. die folgenden Bündelungsaktivitäten stattgefunden:

- Die Mitarbeiter des Regionalbüros Westerwald der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH stehen mit den Klimaschutzmanagern der Landkreise Altenkirchen und Neuwied sowie der Raiffeisen-Region im engen fachlichen Austausch (z. B. zu Maßnahmen der Klimaschutzkonzepte und zu Aktivitäten, die Rahmen der diesjährigen Aktionswoche „Rheinland-Pfalz – Ein Land voller Energie“ im September stattfinden). Da der Westerwaldkreis derzeit keinen eigenen Klimaschutzmanager beschäftigt, wird der Umweltbeauftragte des Landkreises in den Austausch einbezogen. Ein gemeinsamer Workshop der Klimaschutzmanager der Region wird aktuell von den Mitarbeitern des Regionalbüros vorbereitet. Der Workshop, der im August stattfinden soll, soll nicht nur dem Erfahrungsaustausch, sondern u. a. auch der Abstimmung und dem Ausbau der Zusammenarbeit dienen.
- Darüber hinaus haben die beiden Mitarbeiter des Regionalbüros Westerwald der Energieagentur am letzten Treffen der drei Landkreise Altenkirchen, Neuwied und Westerwaldkreis im Rahmen der regionalen Gemeinschaftsinitiative „Wir Westerwälder“ teilgenommen und sich mit den Landräten über die bisherige Arbeit des Regionalbüros, Kooperationsmöglichkeiten und die weitere Zusammenarbeit ausgetauscht. Es wurde ein regelmäßiger Austausch zu Themen und Handlungsfeldern der Energiewende in der Region im Rahmen der Initiative „Wir Westerwälder“ vereinbart, um sich gegenseitig zu unterstützen und die Energiewende in der Region gemeinsam weiter voranzubringen.

- Die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH und die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz haben Anfang des Jahres eine Kooperationsvereinbarung über ihre künftige Zusammenarbeit und Aufgabenteilung unterzeichnet. In der Region Westerwald haben die Verbraucherzentrale und die Energieagentur bereits zusammengearbeitet. So hat das Regionalbüro Westerwald beispielsweise den Kontakt zwischen der Verbraucherzentrale und der Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen, die derzeit am Programm „Energetische Stadtsanierung“ teilnimmt, hergestellt, wodurch es seit Mai eine regelmäßige Energieberatung der Verbraucherzentrale in der Verbandsgemeinde für Bürgerinnen und Bürger gibt.
- Das Regionalbüro der Energieagentur steht zudem mit vielen weiteren Stakeholdern der Region in regem Kontakt (z. B. Verbandsgemeinden, Energiegenossenschaften, Unternehmen) und berichtet auf seiner Website regelmäßig über Neuigkeiten, welche die Energiewende in der Region betreffen und trägt so auch auf diesem Wege zur Vernetzung der Akteure und zur Bündelung relevanter Informationen in der Region bei. (www.energieagentur.rlp.de/westerwald)

Eveline Lemke
Staatsministerin